

POLITIK

Nr. 12

Sept. 1986

Informationsdienst der SPD

Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft.

Beschluß zur Energiepolitik
der SPD,
Parteitag in Nürnberg 25.-29.8.1986.

I.

1. Der Parteitag nimmt den Zwischenbericht der Kommission „Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft“ beim Parteivorstand zustimmend zur Kenntnis und macht sich die grundlegenden Aussagen zu eigen, die im Sofortprogramm für die nächsten zwei Jahre und im politischen und zeitlichen Rahmen für die Durchsetzung einer Energiepolitik ohne Atomkraft erhalten sind; insbesondere

- Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der Stilllegung aller Atomkraftwerke; Untersagung der Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen für weitere Atomkraftwerke sowie Ablehnung der Wiederaufarbeitung, Verzicht auf die wirtschaftliche Nutzung von Plutonium und Unterbindung des Exports von Kernkraftwerken aus der Bundesrepublik.
- Abschaltung der ersten Atomkraftwerke in den nächsten beiden Jahren. Dazu wollen wir auch im Rahmen des geltenden Atomrechts Klarheit darüber schaffen, welche Atomkraftwerke aus Sicherheitsgründen abgeschaltet werden müssen und auf welche wir verzichten können. Deshalb ist mit der erneuten Sicherheitsüberprüfung umgehend zu beginnen.
- Für bestehende Atomkraftwerke wird der Nachweis einer Entsorgungsvorsorge gesetzlich vorgeschrieben, die ohne Aufschluß der Brennelemente einen sicheren Abschluß von der Biosphäre gewährleistet (direkte Endlagerung). Dazu ist neben dem Salzstock in Gorleben mindestens ein weiterer Endlagerstandort auszuwählen und auf seine Eignung eingehend zu untersuchen.
- Neugestaltung des Energiewirtschaftsgesetzes mit dem Ziel der ressourcenschonenden und umweltverträglichen Stromerzeugung und zur Verbesserung des Wirkungsgrades des Gesamtenergiesystems.
- Verstärkte Förderung des Energie- und Stromeinsparens und der rationellen Energie- und Stromnutzung.
- Förderung regenerativer Energiequellen.
- Fortsetzung der Kohlevorrangpolitik; Verlängerung des Jahrhundertvertrages, um umweltfreundliche Kohletechnologien einzusetzen und heimischen Energieträgern eine sichere Zukunft zu garantieren.
- Förderung der industriepolitischen Chancen der Umstrukturierung des Energiesystems zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Bei einem Umstieg im Laufe der nächsten zehn Jahre würden allein im Bereich des Kraftwerkbaus, des Energieanlagenbaus, der Energieeinsparotechniken und des Bergbaus mehrere 10 000 Arbeitsplätze zusätzlich gesichert. Hierbei sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den von der Umstrukturierung betroffenen Arbeitnehmern geeignete Arbeitsplätze anbieten zu können, die ihren beruflichen Qualifikationen Rechnung tragen. Die sozialen Folgen der Umstrukturierung dürfen den Arbeitnehmern nicht angelastet werden.

2. Der Parteitag fordert die Bundestagsfraktion der SPD auf, Gesetzentwürfe zur Änderung des Atomgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes auf der Grundlage des Zwischenberichtes umgehend zu erarbeiten und noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen.

3. Der Parteitag fordert die Sozialdemokraten in den Ländern auf, an der Umsetzung des Konzeptes aktiv mitzuwirken; ins-

besondere bei der Genehmigung der Stromtarife darauf zu achten, daß die Behinderung der sparsamen und rationellen Verwendung von Strom abgebaut wird; als Eigentümer oder Anteilseigner von Energieversorgungsunternehmen darauf Einfluß zu nehmen, daß die Politik für eine Energieversorgung ohne Atomkraft von diesen Unternehmen unterstützt wird und sicherzustellen, daß nur solche Kohlekraftwerke in der Grundlast eingesetzt werden, die über Entstickungs- und Entschwefelungsanlagen nach dem Stand der Technik verfügen.

4. Der Parteitag fordert die Sozialdemokraten in den Kommunen auf, an der Umsetzung des Konzeptes aktiv mitzuwirken; insbesondere durch die Einrichtung und den Ausbau kommunaler Energieversorgung in Wärmekraftkopplung, den Aufbau einer Beratung zur Energieeinsparung und Schaffung von Energieagenturen.

6. Der Parteitag sieht in den Beschlüssen des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft und der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments vom Juni 1986 ermutigende Zeichen dafür, daß unsere Vorschläge zur Umstrukturierung des Energiesystems auch international Zustimmung finden. Die SPD wird ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet fortsetzen.

5. Der Parteitag erwartet, daß die SPD-Bundestagsfraktion, die sozialdemokratische Landesregierung und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik zum nächsten ordentlichen Parteitag der SPD jeweils einen Arbeitsbericht über die Umsetzung des Konzeptes einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft vorlegen.

7. Der Parteitag fordert die Sozialisten im Europäischen Parlament auf, gemeinsam mit den sozialistischen Fraktionen in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten die Änderung des Euratom-Vertrages in seinen energiepolitischen Zielsetzungen vorzubereiten und die im Vertrag vorgesehenen, aber bisher nicht genutzten Maßnahmen zur nuklearen Sicherheit und zum Gesundheitsschutz durchzusetzen und gegebenenfalls zu erweitern.

8. Der Parteitag fordert die Nutzung aller rechtlichen und politischen Möglichkeiten, um Importe von Atomstrom zu verhindern.

9. Der Parteitag fordert die Kommission „Energieversorgung ohne Atomkraft“ auf, ihre Arbeit fortzusetzen und die getroffenen Aussagen des Zwischenberichtes weiter zu konkretisieren. Das gilt insbesondere für:

- die rechtlichen Fragen,
- die ökonomischen und finanziellen Kosten und Konsequenzen,
- die umweltpolitischen Probleme,
- die Chancen und Folgen auf dem Arbeitsmarkt,
- die internationale Entwicklung

einer Politik für eine Energieversorgung ohne Atomkraft.

II.

1. Die Neuorientierung der Energiepolitik ohne Atomkraft ist eine historische Zäsur. Zum ersten Mal in der Geschichte stehen wir vor dem Problem, eine hoch entwickelte Technologie wegen ihrer nicht zu beherrschenden Gefahren und Risiken in einem geordneten Rückgang aufzugeben. Auch nach jahrzehntelangem Betrieb von Atomkraftwerken ist es nicht gelungen, die räumlich und zeitlich unbegrenzten Gefahren und Risiken für Leben und Umwelt durch radioaktive Strahlenbelastung abzuschätzen und auszuschließen. Im Bewußtsein unserer Verantwortung auch für die kommenden Generationen hält der Parteitag es auf Dauer nicht für verantwortbar, die Menschen den atomaren Gefahren und Risiken, auch denen der zivilen Nutzung der Atomkraft, auszusetzen. Dies gilt um so mehr, als es heute schon andere Energietechniken gibt, die langfristig, ressourcenschonend und umweltverträglich eingesetzt werden können.

2. Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb des Zeitraumes von zehn Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht

wird. Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um in einem geordneten Rückgang das letzte Atomkraftwerk abzuschalten.

Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens und Gesetzgebungsmehrheiten. Um sie herbeizuführen, suchen wir das Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen: Den Gewerkschaften, den Betriebsräten, den Arbeitnehmern, der Energiewirtschaft, den Unternehmen, den Kommunen, der Wissenschaft, den Bürgerinitiativen und allen Bürgerinnen und Bürgern.

3. Der Parteitag ruft die gesamte Partei auf, sich an dieser Anstrengung zu beteiligen. Dabei kommt den Arbeitsgemeinschaften und insbesondere der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen eine große Bedeutung zu.

Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Konzept für diese Aktivitäten zu erarbeiten.

Weitere Informationen:



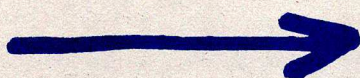
Politik Nr. 8:

Unser Weg zu Abrüstung und Frieden

Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD

Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986

Bestell-Nr. 200 104, Preis: 25 Pf



Politik Nr. 9:

Nürnberger Aktionsprogramm:

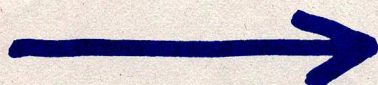
Massenarbeitslosigkeit überwinden,

die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern

Beschluß zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der SPD

Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986

Bestell-Nr. 200 114, Preis: 40 Pf



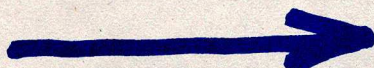
Politik Nr. 10:

Gerechte Steuern

Beschluß zur Finanzpolitik der SPD

Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986

Bestell-Nr. 200 124, Preis: 15 Pf



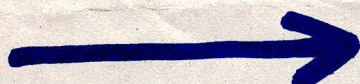
Politik Nr. 11:

Die Zukunft sozial gestalten

Beschluß zur Sozialpolitik der SPD

Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986

Bestell-Nr. 200 134, Preis: 30 Pf



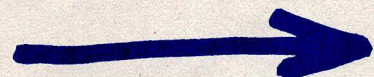
Politik Nr. 12:

Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft

Beschluß zur Energiepolitik der SPD

Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986

Bestell-Nr. 200 144, Preis: 15 Pf



Politik Nr. 13:

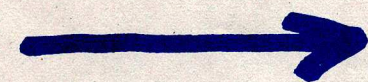
Kurswechsel für Leben und Umwelt - für die

ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft

Beschluß zur Umweltpolitik der SPD

Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986

Bestell-Nr. 200 154, Preis: 25 Pf



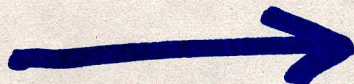
Politik Nr. 14:

Gleiches Recht für die Frauen

Beschluß zur Gleichstellungspolitik der SPD

Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986

Bestell-Nr. 200 164, Preis: 15 Pf

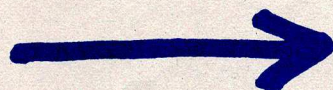


Johannes Rau:

Der Auftrag der SPD. Mut zur Verantwortung.

Rede auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg am 26.8.1986.

Din A5, 32 Seiten, Bestell-Nr. 390 865, Preis: 10 Pf



Die Lehren aus Tschernobyl: von der Empörung zur Reform.

Zwischenbericht der Kommission "Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft". Bestell-Nr. 320 584, Preis: 3,30 DM